**Deutscher Bundestag** **Drucksache 19/5833**

**19. Wahlperiode** 19.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Michael Theurer, Dr. Andrew Ullmann und der Fraktion der FDP**

## Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt gemäß § 56 seiner Geschäftsordnung eine Enquete-Kommission „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ ein.

I. Aufgaben

Die Kommission soll vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskussionsbedarfes über die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr Mittel und Wege, über alleinige Haushaltsmittelsteigerungen hinaus, finden, die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland wieder in die Lage zu versetzen, allen ihren verfassungsmäßigen Aufgaben vollumgänglich und zeitgerecht nachkommen zu können.

Hierzu hat die Kommission insbesondere die Aufgaben:

- Schwachstellen in der aktuellen und künftigen materiellen Ausstattung der Bundeswehr zu identifizieren und zu ermitteln, wie diese Lücken geschlossen werden können;
- zu prüfen, wie der aktuelle Beschaffungsprozess effizienter gemacht und beschleunigt werden kann, damit Beschaffungsvorhaben weitgehend im veranschlagten Zeit- und Kostenrahmen bleiben;
- den Personalumfang der Bundeswehr zu beurteilen und zu klären, wie die Bundeswehr im Hinblick auf demographische Entwicklungen und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt genügend qualifizierten Nachwuchs generieren kann.

II. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören 17 Mitglieder des Deutschen Bundestages und 17 nicht dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung angehörende Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt sechs Mitglieder und sechs Sachverständige, die Fraktion der SPD drei Mitglieder und drei Sachverständige, die Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils zwei Mitglieder und zwei Sachverständige. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden.

III. Zeitplan und Vorlage eines Berichtes

Die Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und dem Deutschen Bundestag spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode einen Bericht über ihre Arbeitsergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen. Der Bericht wird in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In einem ersten Zwischenbericht sind erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vor der Sommerpause 2019 vorzulegen.

Berlin, den 19. November 2018

**Christian Lindner und Fraktion**

## Begründung

Das Bundesministerium der Verteidigung hat im Februar 2018 einen Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr im Verteidigungsausschuss vorgestellt. Diesem ist zu entnehmen, dass es weiterhin große Schwierigkeiten bei der Ausstattung der Bundeswehr mit geeignetem Material gibt. Bei existierenden Waffensystemen fehlen Ersatzteile, sodass sie nicht einsatzbereit sind. So gibt es aus diesem Grund zum Beispiel beim Transporthubschrauber NH 90 oder dem Kampfpanzer LEOPARD 2 Probleme bei der Instandsetzung, welche die Einsatzbereitschaft auf durchschnittlich jeweils 35 Prozent und 60 Prozent absenken (S. 45 und S. 49) (https://www.dbwv.de/fileadmin/user_upload/Mediabilder/DBwV_Info_Portal/Politik_Verband/2018/Bericht_Einsatzbereitschaft.pdf).

Bei noch nicht abgeschlossenen Beschaffungsvorhaben zeigt sich laut 7. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten vom März 2018, dass diese Projekte häufig deutlich verspätet zulaufen, teilweise erheblich teurer sind und zum Teil weniger leisten können, als vertraglich vereinbart ist. Beispielsweise ist der neue Schützenpanzer PUMA 55 Prozent teurer als geplant (S. 103) oder die Einsatzbereitschaft des neuen Transportflugzeug A 400M verzögert sich um 139 Monate (S. 120). Ob das Luftfahrzeug darüber hinaus jemals über alle geforderten Fähigkeiten verfügen wird, bleibt ungewiss (https://www.bmvg.de/resource/blob/23010/7362820057116c6763aaec84147ce3ea/20180319-7-bericht-des-bmvg-zu-ruestungsangelegenheiten-data.pdf).

Das frühere so genannte dynamische Verfügbarkeitsmanagement ergab eine maximale Ausstattung der Verbände und Einheiten der Bundeswehr von 70 Prozent. Dies führte dazu, dass für den Einsatz entsprechendes Material dem jeweiligen Einsatzverband zugeführt werden musste, um eine 100-Prozent-Soll-Ausstattung zu erreichen. Dieses Verfahren führte zu mangelnder Ausstattung der abgebenden Verbände und Einheiten, sodass diese Belastungen im Grundbetrieb hinnehmen mussten. Durch die Konzeption der Bundeswehr wird der Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung des Weiteren wieder gleichrangig mit den anderen Aufgaben der Bundeswehr gestellt. Das daraus abgeleitete Fähigkeitsprofil der Bundeswehr macht nun auch den enormen Veränderungsbedarf in der Anzahl und Ausstattung der Bundeswehr mit Großgerät in den nächsten Jahren deutlich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages hat in seinem Jahresbericht 2017 ebenfalls angemerkt, dass die durch die Bundesministerin der Verteidigung ausgerufenen Trendwenden bei Material, Finanzen und Personal bisher nur wenig und zu langsam Erfolge bringen (S. 8). Zum Beispiel bleibe die persönliche Ausstattung der Soldaten unter anderem mit Schutzwesten weiterhin ungenügend (S. 45). Bis Ende 2017 seien 21.000 militärische Dienstposten oberhalb der Mannschaftsebene vakant. Es fehle der Bundeswehr auch an Spezialisten, beispielsweise in Verwendungen als Heeresflieger oder bei der Luftfahrzeugtechnik (S. 21). (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/007/1900700.pdf).

Auch der Deutsche Bundeswehrverband kritisiert, dass sich der Sparkurs der vergangenen Jahre im Einzelplan 14 deutlich negativ in der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bemerkbar mache (https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/tagesgespraech/swr-tagesgespraech-mit-andre-wuestner-will-politik-einsatzbereite-streitkraefte-oder-nicht/-/id=660264/did=21468698/nid=660264/1j1u8i7/index.html). Daher sei es von enormer Bedeutung, die Bundeswehr materiell und personell rasch besser auszustatten, damit sie die aktuellen Aufträge erfüllen kann und für weitere künftige Aufgaben bereitsteht (https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/politik-verband/beitrag/news/einsatzbereitschaft-2018-ist-das-jahr-der-wahrheit/).

Der Bundesrechnungshof kritisierte in seinem Bericht für die Haushaltsberatungen 2018 gegenüber dem Haushaltsauschuss des Deutschen Bundestages, dass einige Waffensysteme durch das Bundesministerium der Verteidigung als einsatzbereit bewertet wurden, obwohl die Systeme nur zur Ausbildung genutzt werden konnten (S. 4). Zudem kritisierte er den Klarstand der Hauptwaffensysteme aller Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche (S. 12). Ferner empfahl der Bundesrechnungshof, die gesamte Personalbedarfsplanung des Bundesministeriums der Verteidigung auf ein tragbares Fundament zu stellen, da sonst die Trendwende Personal Gefahr liefe, ins Leere zu laufen (S. 11) (https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/beratungsberichte/entwicklung-einzelplaene/2018/langfassungen/2018-bericht-information-ueber-die-entwicklung-des-einzelplans-14-bundesministerium-der-verteidigung-fuer-die-haushaltsberatungen-2018-pdf).

Die zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge der Organisation der Bundeswehr als Parlamentsarmee müssen sich nach Artikel 87a GG aus dem Haushaltsplan ergeben. Dieser wird durch den Deutschen Bundestag verantwortet, sodass auch bei der Lösung der Probleme mangelnder Einsatzbereitschaft der Bundeswehr das Parlament eine entscheidende Rolle spielt. Daher ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ der richtige Weg, substanzielle und wirksame Lösungsansätze zu finden und umzusetzen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.